

Ein Jahr
demokratischer Aufbruch
in Ägypten

Quo vadis, Ägypten?

Michael A. Lange

Die nicht nur in Ägypten durch Massenproteste zum Ausdruck gebrachten Forderungen nach mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit haben sich in den vergangenen zwölf Monaten in Nordafrika ihren landesspezifisch sehr unterschiedlichen Weg gebahnt.

Nachdem das jahrelang als durchaus stabil erachtete Regime Husni Mubaraks unter dem Druck der nach mehr Freiheit und Gerechtigkeit strebenden, meist jugendlichen Aufständischen zusammengebrochen war, der bisherige Machthaber schließlich verhaftet und inzwischen unter Anklage gestellt worden ist, hat in Ägypten ein zweifellos schwieriger, weil politisch weitgehend unkalkulierbarer Wandel der politischen Ordnung eingesetzt, den es auf nahezu allen Ebenen zu strukturieren und vor allem gewaltlos zu einem für die Mehrheit der Bevölkerung zufriedenstellenden Ergebnis zu führen gilt.

Die großen Erwartungen der nach mehr Selbstbestimmung und Partizipation strebenden jugendlichen Demonstranten, an dem Aufbau dieser neuen politischen Ordnung umfassend beteiligt zu werden, haben sich bisher nicht erfüllt. Das Ergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen hat inzwischen jedem vor Augen geführt, dass es eben nicht die jugendlichen Reformbefürworter sein werden, die der neuen politischen Ordnung in Ägypten ihre bestimmende Gestalt geben werden, sondern dass sich politische Kräfte dieses Reformprozesses

bemächtigt haben, die neben ihrer vergleichsweise größeren politischen beziehungsweise parlamentarischen Erfahrung in den entscheidenden zurückliegenden Monaten vor allem auch über die notwendigen institutionellen Strukturen verfügten, um ihren politischen Vorstellungen das nötige politische Gewicht zu verleihen.

Dies zeigen die Ergebnisse der Wahlen zum ersten „frei gewählten“ ägyptischen Parlament, die in Europa zuerst noch mit erwartungsvoller Neugier, inzwischen aber wohl eher mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen worden sind.

Wahlerfolge des politischen Islam

Es waren vermutlich die vielen sich bisher nie oder nur sehr selten an Parlamentswahlen beteiligenden Bürger in den ärmeren, ländlichen Regionen Ägyptens, die den Kandidaten der islamischen politischen Gruppierungen und darunter vor allem – wenn auch nicht ausschließlich – den Vertretern der inzwischen aus den Reihen der ägyptischen Muslimbruderschaft gegründeten „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ (FJP) einen Wahlerfolg bescherten, den viele in diesem Ausmaß nicht für möglich gehalten hätten.

Dabei sollte dieses Ergebnis langjährige politische Beobachter Ägyptens weniger überrascht als vielmehr daran erinnern haben, dass es schon im Jahre 2005 bei den ägyptischen Parlamentswahlen die damals noch als „Unabhängige“ kan-

didierenden Vertreter der Muslimbrüder waren, die für eine große Überraschung sorgten, als sie gegen die übermächtig erscheinenden Widersacher aus der Staatspartei NDP in mehr als achtzig Wahlkreisen erfolgreich gewesen waren und einen ersten Achtungserfolg erzielt hatten.

Das von den meisten politischen Beobachtern als „moderat-islamisch“ gekennzeichnete, von der FJP geführte Wahlbündnis „Demokratische Allianz“ hätte in diesen Wahlen mit 235 der insgesamt 508 Mandate fast die absolute Mehrheit erreicht, wenn nicht der von der salafistischen „Al-Nour-Partei“ angeführte, eher als „radikal-islamisch“ beurteilte „Islamische Block“ mit seinen sensationellen 123 Mandaten dies verhindert hätte. Darüber hinaus gelang es den Vertretern der schon vor längerer Zeit von der Muslimbruderschaft abgespaltenen, als „reform-islamisch“ eingeordne-

ten „Wasat-Partei“, weitere zehn Mandate zu erringen, sodass der politische Islam über eine klare Zweidrittelmehrheit im neuen ägyptischen Parlament verfügt.

Dass es vor allem auch den „ultra-orthodoxen“ Salafisten gelingen würde, eine solch beeindruckende Anzahl von Mandaten zu erringen, war selbst für viele strenggläubige Ägypter eine Überraschung, für die säkularen Reformer dagegen wohl eher ein Schock. Quasi aus dem Nichts sind diese Fundamentalisten über Nacht zu einem ernst zu nehmenden politischen Machtfaktor in Ägypten geworden.

Der in dieser Höhe geradezu sensationelle Wahlerfolg der ägyptischen Salafisten, einschließlich einiger geläuterter Dschihadisten, ist jedoch auch ein Indiz dafür, dass der politische Islam in Ägypten alles andere als eine homogene Bewegung darstellt. Dieses politische Lager

Übersicht: Ergebnis der ägyptischen Parlamentswahlen 2012

Wahlbündnisse	Listenmandate	Direktmandate	Total	%
Demokratische Allianz	127	108	235	46,25
Islamischer Block	96	27	123	24,21
Al-Wasat-Partei	10	0	10	1,97
Reform und Entwicklung	8	1	9	1,77
Neue Wafd-Partei	36	2	38	7,48
Ägyptischer Block	33	2	35	6,89
Vollendung der Revolution	7	2	9	1,77
NDP-Nachfolger	14	3	17	3,35
Unabhängige	0	19	19	3,74
Sonstige	1	2	3	0,59
Gesamt	332	166	498	
durch das Militär ernannt			10	1,97
Total			508	100,00

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahlen_in_%C3%84gypten_2011/2012

gliedert sich heute in moderate, reformorientierte Wasatiyya-Anhänger, traditionell konservative, orthodoxe Muslimbrüder sowie eher fundamentalistische, ultraorthodoxe Salafisten und sogar in nach langen Jahren in ägyptischen Gefängnissen geläuterte ehemalige Dschihadisten aus dem Umfeld der Verantwortlichen für das Attentat auf den ehemaligen ägyptischen Präsidenten Anwar El Sadat.

Auch wenn diese unterschiedlichen parteipolitischen Ausprägungen des politischen Islam bei den jüngsten Parlamentswahlen in Ägypten eine unterschiedlich starke Wählerresonanz gefunden haben, beschreiben sie doch das relevante politische Kernspektrum, mit dem wir es auf der Ebene der politischen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren in Ägypten und sicher auch in zahlreichen Nachbarstaaten im Wesentlichen zu tun haben werden.

Die in langen Jahren der Kooptation durch das Mubarak-Regime kompromittierten traditionellen ägyptischen „Oppositionsparteien“ wie die „Wafd-Partei“ und solche des eher linken Lagers wie die neuen revolutionären politischen Kräfte des Wandels in Gestalt der überwiegend von Kopten unterstützten Vertreter des „Ägyptischen Blocks“ des koptischen Industriellen Sawiris sowie die Bewegung „Vollendung der Revolution“ konnten dagegen dem inzwischen parteipolitisch gut organisierten und ideologisch „gestählten“ politischen Islam kaum noch Paroli bieten und erreichten nur noch achtunddreißig beziehungsweise vierunddreißig und neun Mandate, insgesamt also etwas mehr als fünfzehn Prozent der Mandate. Dies ist ein unabweisbarer Beleg für die tatsächliche Schwäche der säkulare Auffassungen vertretenden politischen Gruppierungen.

Was bedeutet ein solches Wahlergebnis nun für ein neues, demokratisches Ägypten? Zunächst erscheint es notwen-

dig, darauf hinzuweisen, dass in einem Land mit einer präsidentialen Verfassung wie Ägypten, dem Parlament keine vergleichbare politische Bedeutung beizumessen ist wie etwa im Fall der Bundesrepublik. Schon der Blick zu unserem Nachbarn Frankreich macht deutlich, dass dort – wie in Ägypten – der Präsident das bestimmende politische Momentum innehat, durch ihn die Regierung bestellt wird und diese auch in erster Linie ihm gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Von der Autokratie zur Theokratie?

Auch dem ägyptischen Parlament obliegt es deshalb zwar, Gesetzentwürfe zu formulieren beziehungsweise zu verabschieden und die Regierung zu beraten beziehungsweise zu kontrollieren, nicht jedoch, sie infrage zu stellen oder gar abzuberufen. Entsprechend folgenlos mag das ägyptische Wahlergebnis auf den ersten Blick erscheinen, dennoch beeinflusst ein solcher Wahlausgang natürlich den politischen Diskurs und die politische Machtbalance im Land.

So beansprucht der politische Islam heute nicht nur Legitimität, sondern ebenso vehement eine politische Führungsrolle im Land. Dieser Anspruch zielt zuallererst auf die anstehende Nominierung der verfassungsgebenden Versammlung und den beginnenden Prozess der Verfassungsreform. Der politische Islam fordert eine adäquate Repräsentanz in diesem Gremium mit allen denkbaren Folgen für die dort zu erwartenden Auseinandersetzungen um den Charakter der zukünftigen politischen Ordnung Ägyptens.

Im Vorfeld dieses möglichen Kulturkampfes zwischen säkularen, religiösen, orthodoxen und fundamentalistischen Kräften gilt es Koalitionen zu schmieden, um sich in diesem Gewirr von ideologischen Vorstellungen von einer neuen politischen Ordnung in Ägypten mit

Stimmenauszählung nach der ersten Runde der ägyptischen Parlamentswahlen am 6. Dezember 2011 in einem Wahllokal in Kairo.

© picture-alliance/landov, Foto: Ahmed Asad



ihren spezifischen Entwürfen Gehör zu verschaffen oder vielleicht sogar durchzusetzen.

Das bereits während der Proteste am Tahrir-Platz erkennbare taktisch kluge Verhalten der Muslimbrüder, das schon damals nicht nur einige Ägypter, sondern vor allem viele ausländische politische Beobachter darüber hinwegtäuscht hat, dass über die politische Zukunft Ägyptens langfristig eben nicht auf dem Tahrir-Platz im Zentrum Kairos, sondern in einem neu zu wählenden ägyptischen Parlament entschieden wird, mag einer „Koalition der Nationalen Einheit“ oder zumindest einer „bewussten“ Koalition auch mit säkularen Kräften den Weg bereiten. Den Muslimbrüdern sollte daran gelegen sein, so etwas wie eine Allianz der „fortschrittlichen, gemäßigten Kräfte“ gegen die ultraorthodoxen Salafisten und die ehemaligen Dschihadisten der „Gamaa Islamiyya“ zustande zu bringen, um auf diese Weise Spielraum

für unausweichliche, gleichzeitig aber unpopuläre Entscheidungen zu gewinnen.

Eine exklusive „Islamische Koalition“ mit den Salafisten würde nicht nur einen Kulturkampf erheblicher Sprengkraft heraufbeschwören, sondern auch ein tragfähiges, von allen Interessengruppen unterstütztes sozioökonomisches Zukunftskonzept für Ägypten eher unwahrscheinlich machen.

Viele, vor allem die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen also mit Blick auf den von der Partei der Muslimbrüder einzuschlagenden Weg eher für einen solchen, wie ihn der türkische Präsident Erdogan und seine AKP eingeschlagen haben, und nicht für einen politischen Kurs, wie ihn etwa die Taliban verfolgt haben, wo durch eine (ultra)orthodoxe Islamprägung sowohl der Tourismus als auch die so dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen erheblich zurückgegangen waren.

Ob ein wirtschaftlicher Erfolg beziehungsweise eine deutliche wirtschaftliche Erholung in Ägypten tatsächlich kurz- beziehungsweise mittelfristig möglich sein wird, steht allerdings auf einem ganz anderen Blatt und hängt wesentlich davon ab, ob es der neuen ägyptischen Administration gelingen wird, wieder für Stabilität und Sicherheit zu sorgen und sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch in den wichtigsten Partnerländern das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Ägyptens wiederherzustellen. Dabei wird es eine wichtige Rolle spielen, ob und wie schnell sich die Wahlsieger auf eine Koalitionsregierung und, damit hoffentlich verbunden, auf eine konstruktive Regierungspolitik werden verständigen können.

Muslimbrüder und Militär – Demokratie ohne Demokraten?

Einen Blick in die Zukunft Ägyptens zu werfen, ohne dabei die Rolle des ägyptischen Militärs in Augenschein zu nehmen, verbietet allein schon die Kenntnis der Nachkriegsgeschichte Ägyptens.

Das Militär übte in Ägypten immer eine besondere politische Garantiefunktion aus und kontrolliert bis heute das Ränkespiel der zivilen politischen Akteure. Viele vor allem der „jungen Revolutionäre“ vertrauen den Beteuerungen des Obersten Militärrates nicht, der immer wieder betont, er würde die politische Macht umgehend in die Hände eines neu gewählten (zivilen?) ägyptischen Präsidenten geben.

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt müßig, darüber zu spekulieren, ob dies tatsächlich geschehen wird; sicher ist, dass den Ägyptern ein interessanter Wettstreit um das höchste und sicherlich auch weiterhin einflussreichste politische Amt im Land ins Haus steht. Bleibt es im Wesentlichen bei der jetzigen präsidentialen Verfassungsordnung, so kommt dieser Wahl eine alles entscheidende politische Bedeutung zu,

denn die Machtfülle des Präsidenten in einer solchen Ordnung ist ganz erheblich.

Bisher ist kein klarer Favorit unter den zahlreichen Präsidentschaftskandidaten auszumachen – dies sicher auch deshalb, weil sich die Muslimbrüder bis jetzt einen eigenen Kandidaten versagen und auch noch nicht zu erkennen geben, wem sie möglicherweise (offiziell) ihre Unterstützung geben und damit wohl zum Sieg verhelfen wollen.

Neben illustren, vor allem in Europa bekannten und beliebten Kandidaten wie Ahmad el-Baradei, der sein Rennen inzwischen schon aufgegeben hat, und Amr Mussa, dem viele im Ausland noch immer große Chancen einräumen, mangelt es mit dem moderaten Dissidenten der Muslimbrüder Abdul Futouh zwar auch nicht an einem respektablen Kandidaten mit religiösem Hintergrund, dafür aber immer noch an einem spektakulären Kandidaten mit militärischem Hintergrund.

Wird es also noch eine Kampfkandidatur zwischen einem vom Militär getragenen gegen einen von der Muslimbruderschaft unterstützten Kandidaten geben, oder wird man sich in diesen beiden wichtigen Lagern doch noch rechtzeitig auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen? Vieles spricht dafür, dass beide Lager sich gegenseitig brauchen, um das Land weitgehend unbeschadet durch die kommenden schwierigen Monate zu steuern. Gleichzeitig können die Muslimbrüder das zum Teil harsche Vorgehen des Militärs und der Ordnungskräfte gegen protestierende Ägypter nicht offen billigen, ohne an Unterstützung in der Bevölkerung einzubüßen. Es wird wohl noch einige Zeit unklar bleiben, ob beziehungsweise welche Art von Kompromiss man finden wird.

Verlierer der Revolution

Was bedeutet all dies für die offensichtlichen „Verlierer der Revolution“, die jugendlichen Rebellen, die säkularen, re-

publikanischen Kräfte, die sich emanzipierenden ägyptischen Frauen und die immer latent bedrohte religiöse Minderheit der Kopten?

Klar ist, dass die jungen Aktivisten der „Arabellion“, denen es mit wenigen Ausnahmen (Amr Hamzawy) eben nicht gelungen ist, sich erfolgreich (partei)politisch zu konfigurieren und auf diese Weise in den parlamentarischen Gestaltungsprozess einzubringen, weit hinter ihren eigenen Erwartungen geblieben sind. Damit erscheint eine andauernde Frustration dieser Jugend vorprogrammiert, und die zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen der vergangenen Wochen mögen ein Indiz für das Ausmaß dieser Frustrationen gegenüber einem politischen Prozess sein, der ihnen offensichtlich keine Möglichkeiten eröffnet (hat), sich konstruktiv beim Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung in ihrem Land einzubringen.

Ob der Jugend im anstehenden Verfassungsprozess doch noch ein Angebot zur Mitsprache gemacht werden wird, damit ihre Enttäuschung nicht in permanente Gewaltbereitschaft mündet, bleibt abzuwarten.

Auch die politisch engagierten ägyptischen Frauen, denen noch vom alten Regime durch eine Quotenregelung eine beachtliche Präsenz im ägyptischen Parlament in Aussicht gestellt worden war, haben in diesen Wahlen einen erheblichen Rückschlag hinnehmen müssen. Nur wenige wurden auf aussichtsreiche Listenplätze gesetzt, manche auf Wahlplakaten gar durch Blumensymbole „verklärt“. All das kann der Stellung der Frau im politischen System in Ägypten nicht dienlich sein und reflektiert schon gar nicht das mutige Eintreten gerade vieler junger Frauen für die Belange der Reformen fordernden Protagonisten der Jugendrebellion. Es ist bezeichnend, dass sich in der vom Militär neu formierten ägyptischen Exekutive unter den dreißig Kabinetts-

mitgliedern lediglich drei Frauen, unter den siebenundzwanzig Gouverneuren überhaupt keine Frau findet, und es ist auch nicht damit zu rechnen, dass eine weibliche Kandidatin für das Präsidentenamt zur Wahl gestellt wird.

Eine besonders schwierige Herausforderung für jede von islamischen Kräften dominierte zukünftige ägyptische Regierung stellt das Verhältnis zwischen der Mehrheit der Muslime und der christlichen Minderheit der Kopten dar. Angesichts der immer wiederkehrenden Ausschreitungen gegen Christen beziehungsweise Anschläge auf koptische Kirchen muss es auch einer von islamischen Parteien dominierten zukünftigen ägyptischen Regierung darum gehen, dieses Verhältnis nicht nur wieder zu beruhigen, sondern zu einem, wenn schon nicht vollkommen gleichberechtigten Miteinander, dann doch wenigstens zu einem friedlicheren Nebeneinander zu führen. Die Kopten werden sich auch in Zukunft gegen eine weitere Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft und eine damit oft einhergehende Diskriminierung zur Wehr setzen und für sich Religionsfreiheit einfordern. Sie werden sich auch einer schleichenden Islamisierung der Gesetzgebung entgegenstellen, doch vielen politischen Beobachtern erscheint schon die Bewahrung des religiösen Status quo unter den gegebenen Umständen als ein kaum zu realisierendes politisches Ziel, denn die Salafisten nehmen sogar öffentlich eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Kopten ein und sprechen ihnen Gleichberechtigung beziehungsweise gleiche Bürgerrechte schlichtweg ab. Die erfolgte Mobilisierung salafistischer Kräfte zur Verteidigung des ägyptischen Militärs im Zusammenhang mit den „Maspero-Ereignissen“ lässt Schlimmes erwarten. Die Tatsache, dass Kopten weder im Militär noch im Parlament über einen nennenswerten personellen oder sonstigen Rückhalt verfügen, macht die

Sicherstellung ihrer Bürgerrechte nicht wahrscheinlicher.

Vertiefung bestehender Konflikte?

Auch wenn davon auszugehen ist, dass ein exekutives politisches Handeln der islamischen Kräfte manche ideologische Kante glätten und einiges an politischer Ideologie und theokratischem Impuls zur Disposition stellen wird, muss zu diesem Zeitpunkt offenbleiben, wie ideologisch die Wahlsieger mit ihrer neu gewonnenen politischen Macht umgehen werden.

Zu erwarten ist, dass die „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ (FJP) der Muslimbrüder damit rechnen muss, von den salafistischen „Ultras“ sowohl theologisch als auch ideologisch „vor sich hergetrieben“ und immer wieder auf ihre Vorstellungen vom „wahren“ Islam verwiesen zu werden. Schon aus diesem Grunde wäre die Bildung einer Koalition mit den säkularen Gruppierungen für die Muslimbrüder erfolgversprechender, weil sie nur in einer solchen breiten Koalition die ideologischen Abweichungen vom „wahren“ Glauben den säkularen Koalitionspartnern anlasten und trotzdem umsetzen könnten.

Deshalb spricht einiges dafür, dass sich nicht nur die ideologischen, sondern auch die religiösen Konflikte im demokratischen Ägypten der Zukunft eher verschärfen werden, eine Hypothese, die zudem nicht nur für Ägypten, sondern für die gesamte Region gilt. Auch in Tunesien und Libyen kann eine sich verschärfende

Auseinandersetzung zwischen orthodoxen und ultraorthodoxen Kräften des politischen Islam nicht ausgeschlossen werden.

Der innerislamische Richtungsstreit zeigte sich bereits an einzelnen Universitäten, an denen von salafistisch inspirierten Studenten die Geschlechtertrennung in Vorlesungen erzwungen wurde. Auch die Rechte zur umfassenden Verschleierung im universitären Umfeld werden immer wieder eingefordert. All dies muss bedenklich stimmen und entspricht so gar nicht den Hoffnungen und Erwartungen, die nicht nur viele im Westen mit der „Arabellion“ von Beginn an verbunden haben.

Mit den Vertretern des politischen Islam aus diesen Ländern wird es sicherlich einen andersartigen politischen Dialog geben als bisher. Die Zurückhaltung sowohl des Militärs als auch der „neuen politischen Klasse“ gegenüber westlichen gesellschaftspolitischen Konzepten und ihren Protagonisten, die in den jüngsten Vorwürfen gegenüber ausländischen Nichtregierungsorganisationen, welche sich für die Demokratisierung dieser Länder eingesetzt haben, ihren ersten konkreten Ausdruck fanden, weisen in Richtung eines neuen Selbstbewusstseins. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit ein solcher neuer „Selbstbehauptungswille“ den politischen Dialog zwischen Europa und Nordafrika bestimmen beziehungsweise einer gedeihlichen Zusammenarbeit förderlich sein wird.

Syrien und der verlorene Traum

„Ich bin so wütend, dass diese Länder sich gegen den Traum unserer Revolutionen stellen. [...] Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen soll die Menschenrechte schützen und sich nicht mit Diktatoren zusammentun. Russland und China tragen menschliche und moralische Verantwortung für die Massaker des Assad-Regimes in Homs und anderswo.“

Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman
am 4. Februar 2012 auf der Münchner Sicherheitskonferenz.